

*Thorsten Schäfer-Gümbel*

## **Eine humane Gesellschaft durch digitale Technologien?**

Die These von Evgeny Morozov, die digitale Identität sollte ein öffentliches Gut werden, ist sehr spannend, denn Daten als Teil der Daseinsvorsorge zu interpretieren, eröffnet eine neue Perspektive.

Die SPD versteht sich als Partei des technologischen und des gesellschaftlichen Fortschritts. Die Digitalisierung bietet für unser Verständnis von Fortschritt eine Vielzahl von Ansätzen. Der Kern ist aber, dass die politische Linke Digitalisierung als Gestaltungsfrage annehmen muss. Was

ist aber die Wertebasis, auf der die Gestaltung der Digitalisierung aufbaut? Welche Werte lassen sich mit der digitalen Welt verbinden? Wie sieht eine humane Gesellschaft durch und mit digitalen Technologien aus?

Für die SPD muss klar sein: Traditionelle Werte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen in der digitalen Welt genauso gelten wie im analogen Zusammenleben. Die Wirkungsmächtigkeit unserer Werte stößt aber an Grenzen, wenn

wir nicht gestalten. Ob sie auch an Grenzen stoßen wird, wenn wir handeln, ist für mich eine offene Frage. Auch die Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft, ihrer Rahmenbedingungen und des Verhältnisses von Macht und individueller Freiheit unterliegt Veränderungsprozessen durch die digitale Welt.

Wagen wir einen Blick auf den Status quo. Das bestehende Internet bevorzugt Unternehmen gegenüber Bürgern. Unternehmen wissen, was wir lesen, mit wem wir uns treffen, wo wir uns aufhalten. Der

*Der Bürger ist nicht  
mehr Kultur-  
wesen, sondern  
Marktwesen*

gläserne Bürger existiert – zumindest für die Unternehmen. Der Daten-Kapitalismus ist omnipräsent. Es zählt nicht nur, was wir posten oder twittern. Amazon weiß, welche Seite auf dem Kindle wir schon drei Mal gelesen haben. Spotify weiß, dass wir heimlich Schlager hören. Foursquare weiß, wo mein Lieblingscafé ist und wer neben mir sitzt. Der Bürger mutiert zu einer Sammlung von Daten und Vernetzungen. Seine digitale Identität wird wichtiger als die reale Identität – ob sie der Realität entspricht oder nicht. Der Bürger ist nicht mehr Kulturwesen, sondern Marktwesen.

Die Entwicklung kann in verschiedene Richtungen gehen. Das gilt nicht nur für die zunehmende Marktmacht von Google bis hinein in unsere Haushalte, sondern auch für große Player wie Amazon. Die Macht Einzelner darf nicht dazu führen, dass kulturelle Vielfalt zerstört wird. Ein Beispiel, das die ekelhafte Perversion bei Geschäften mit Digitalisierung aufzeigt, ist eine grausame Geiselnahme in Australien. Uber hat daraufhin in Sydney kurzfristig die Preise für seine Mitnahmedienste drastisch erhöht, um aus der Geiselnahme ein Geschäft zu machen. Datenperversion und Kapitalismus par excellence. Solche Strukturen darf es nicht weiter geben!

Sascha Lobo schrieb sogar: »Das Internet ist kaputt, die Idee der digitalen Vernet-

zung ist es nicht.« Die aktuelle Konstruktion des Netzes begrenzt unsere demokratischen Einflussmöglichkeiten. Es stellt klar die Machtfrage. Die Politik ist nicht der Akteur, der die Spielregeln bestimmt. Frank Schirrmacher fasste es einmal so zusammen: »Es ist die Macht-Asymmetrie der Moderne und die Frage, wie sie demokratisiert werden kann, ohne die Vorteile zu verlieren.« Daher dürfen wir hier nicht resignieren. Wir können das Internet zurückgewinnen. Wir können es gestalten. Wir können es reparieren.

Die Sozialdemokratie hat für sich immer den Anspruch erhoben, gestalten zu wollen. Die SPD steht für Aufklärung und Teilhabe, für Fortschritt und eine Verbesserung der Verhältnisse. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Aber was bedeuten diese Werte für die Online-Welt?

Freiheit heißt Teilhabe und Partizipation. Jeder kann sich entfalten; kann sich organisieren; kann in direkten Kontakt treten. Der Freiheitsgedanke hat uns jahrelang das Internet in den Himmel loben lassen. Bis wir zurück auf die Füße gefallen sind. Denn autoritäre Regime lernten die Technik zu kontrollieren, sperrten Online-Netzwerke und nutzen die Überwachung. Die Freiheit wird auch mit Suchfiltern oder privilegierten Daten begrenzt. Neutralität: Fehlanzeige. In der digitalen Welt müssen wir Freiheit zurückerlangen.

Gerechtigkeit ist für uns der Zugang zum Internet. Wer offline ist, wird abgehängt. Wer online ist, dem bieten sich ungeahnte Möglichkeiten. Es gibt die Gefahr einer neuen Schere zwischen offline und online, wenn wichtige Online-Dienste viel Geld kosten. Wenn sichere Kommunikation mit Freunden nur noch gegen Bezahlung möglich ist. Wenn die guten Jobbörsen hohe Summen verlangen, die sich ein Hartz IV-Empfänger vielleicht nicht leisten kann. Gerechtigkeit ist aber vor allem eine Frage der gerechten Bildung und des Aufstiegs – online und offline. Wir brau-

chen digitale Bildung in der Schule, der Ausbildung und im Beruf. Menschen müssen verstehen, wie Computer funktionieren. Jung und Alt. So müssen wir Gerechtigkeit schaffen.

Solidarität heißt heute oft politischer Online-Aktivismus. Natürlich ist eine Online-Petition für bessere Flüchtlingsunterkünfte gut. Und der Aufruf gegen Pegida bei Facebook. Ja, das Internet schafft immens wichtige Debattenräume. Doch es muss eher als Instrument für realen Aktivismus dienen, anstatt unsere Kräfte nur online zu binden. Solidarität bedeutet aber auch Gemeinschaft. Das Gefühl von wirklichem Gemeinwohl darf uns nicht verloren gehen. Stattdessen setzt das Netz jedoch stark am Individuum an. Man verliert den Blick für das große Ganze dahinter. Mein Handy zeigt mir zwar meine Abnehm- und meine Sport-App, aber nicht meine Bürgerversicherungs-App. Unsere Systeme sind auf das Gemeinwohl ausgerichtet – bei der Gesundheit, bei der Rente. Ein solidarisches Miteinander gestaltet eine Gesellschaft. Das müssen wir auch digital erreichen.

Dabei sollten wir eine Sache nicht aus dem Blick verlieren: Hinter der digitalen Identität verbirgt sich ein Mensch, ein Individuum, das an Halt verlieren kann. Können wir wirklich ein selbstbestimmtes Leben führen, wenn wir überall mit Daten und Fakten, Meinungen und Transparenz konfrontiert werden? Wir können heutzutage vieles tun, was wir wollen. Und werden, was wir wollen. So zumindest das Versprechen des Internets. Doch herauszufinden, was das eigentlich sein soll, wird immer schwieriger.

Die digitale Identität und die reale Identität selbst in Einklang zu bringen, persönliche Wünsche und Ziele zu entwickeln, Antrieb und Zufriedenheit zu schaffen – das alles wird mit der schönen neuen Online-Welt noch schwieriger. Die Politik muss geschützte Räume schaffen, in denen Meinungen, vor allem aber auch

Unsicherheiten möglich sind; in denen Fragen gestellt werden können; in denen Vertrauen herrscht. Wenn die Menschen ihre Identität nicht finden, brauchen wir gar nicht darüber sprechen, wem der digitale Anteil daran gehört.

Daher brauchen wir eine Welt, die den Menschen genug Freiheiten lässt, sich selbst zu finden. Die genug Gerechtigkeit schafft, damit der soziale Aufstieg möglich ist. Die Solidarität nicht nur mit Klicks und Likes erreicht. Die Vision von Dave Eggers *The Circle* ist jedenfalls keine, die ich für wünschenswert halte.

Doch ist dies mit der Idee der »digitalen Identität als öffentliches Gut« möglich? Die Idee hat drei Vorteile. Der Bürger erhält wieder mehr Zugriff auf sich und seine Identität in der digitalen Welt. Er erlangt seine Selbstbestimmungsrechte von den Unternehmen zurück. Neue Unternehmen erhalten die gleichen Zugangsvoraussetzungen. Der faire Wettbewerb wird gestärkt und die Monopolstrukturen werden verhindert. Interessant finde ich persönlich vor allem die Förderung von sozialen und gesellschaftlichen Innovationen. Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Wachstum können zusammengebracht werden, um Ressourcen zu schonen, um den Bedarf von sozialen Unterstützungen noch besser zu steuern, um vielleicht Langzeitarbeitslosen besser in einen neuen Job zu verhelfen und um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie mithilfe von besseren Netzwerken zu schaffen. Das öffentliche Gut kann dabei helfen, sozialdemokratische Ideen zu verwirklichen.

Ich schrecke jedoch auch ein bisschen bei dem Gedanken zurück, dass die Daten beim Staat gesammelt werden sollten. Die SPD hat bei öffentlichen Gütern klar den Anspruch: Staat vor privat! Es ist eine Frage von Gemeinwohl versus Privat- und Marktstrategien. Wir brauchen den gleichen Zugang für alle Menschen zu Gütern und Dienstleistungen, die für ein Leben notwendig sind. Wir fordern dies bei der

Bildung, bei der Wasserversorgung, beim öffentlichen Nahverkehr, bei der Energie. Aktuell sammelt der Staat bereits wichtige Daten über Steuereinnahmen, Familienverhältnisse, Wohnort. Aber ich bin skeptisch, inwieweit wir es bei dem Zugang zu Online-Dienstleistungen vorantreiben sollten.

Ich sehe das Spannungsverhältnis zwischen der Flexibilität von Unternehmen und die gelegentliche Langsamkeit von Staaten. Ich sehe den Umgang von einigen Regierungen mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger. Und ich sehe die Gefahr der Sicherheitslücken, wenn eine zentrale Speicherung stattfindet – wenn auch anonymisiert, wenn auch vielleicht auf verschiedenen politischen Ebenen.

Wir haben keine demokratische Weltregierung. Wir haben stattdessen viele autoritäre Regime auf der Welt. Wir haben Erfahrungen mit Überwachung durch die NSA gemacht. Wie viel Macht erlangen Regierungen erst, wenn sie alle Daten der Bürger haben? Wie garantiert man eine wirkliche Machtbalance? Reichen dafür unabhängige Institutionen oder sind diese auch beeinflussbar? Reden wir in solchen Fällen sogar von zwei Feinden der Internetnutzer – dem Staat, mindestens einer Teilgruppe von Staaten, und den global agierenden Unternehmen? Wer kann wirklich sichere Alternativen schaffen – der »Chaos Computer Club«?

Muss die Politik nicht vielleicht Kontrollverluste hinnehmen, um den einzelnen Bürger weiter stärken zu können? Ich sehe die Lösung eher in der Aufklärung und Förderung von Vielfalt. Wir brauchen wirklich aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger, die wissen, dass es Suchmaschinen gibt, die die Daten nicht sammeln, die Messenger nutzen, die verschlüsselt Nachrichten verschicken und die verschiedene

Anbieter einsetzen, sodass der gläserne Bürger umgangen wird. Je mehr Daten auf unterschiedlichen Servern verstreut sind, umso besser. Wir brauchen Bürger, die klar sagen: Mit mir nicht! Die den Unternehmen die kalte Schulter zeigen. Bürger, die selbst darüber entscheiden können, wer ihre Daten nutzt: der Anbieter mit dem besten Schutz. Wir brauchen Vielfalt und nicht Monopole, das ist ein Ansatz für politische Regulierung.

Politik, insbesondere sozialdemokratische, muss für gute Rahmenbedingungen sorgen. Für eine viel stärkere digitale Bildung und den konsequenten Ausbau der Medienpädagogik. Mit Kampagnen und Aufklärung. Mit umfassenden Datenschutz-Verordnungen. Die es auch erlauben, dass Daten klar gelöscht und mitgenommen werden können. Wir brauchen Verbesserungen im Kartell- und Wettbewerbsrecht. Und wir müssen die Start-Ups fördern, die das »gute Internet« zurückgewinnen wollen.

Dies sind weniger Visionen, als reale Schritte. Sie enthalten aber ein klares Ziel: die Macht der Bürger. Alle Macht geht vom Volk aus – etwas Demokratischeres kann es nicht geben. Dahinter verbirgt sich ein Menschenbild, das sich weg entwickelt vom gläsernen Bürger hin zu einem souveränen Bürger. Wir müssen dafür sorgen, dass dies erneut möglich wird.

Für mich ist klar: Es kann nur voran gehen. Der Philosoph Gerhard Szczesny sagte einmal: »Aufgeklärt sein heißt, sich vor sich selbst nicht ängstigen.« Nicht die Angst vor dem Internet sollte sich einprägen, sondern vor allem die Zuversicht. Wir haben Werte, die wir vertreten. Wir haben ein Ziel, das wir verfolgen. Wir brauchen nur noch die besten Lösungen. Unsere Daten gehören uns. Dafür müssen wir endlich sorgen.

---

### **Thorsten Schäfer-Gümbel**

ist stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der SPD Hessen sowie stellvertretender Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie.

*t.schaefer-guembel@ltg.hessen.de*